

Magdeburg, 04.05.2018

**Wachsendem Fachkräftebedarf endlich durch nachhaltigere Arbeitsmarktpolitik Rechnung tragen**

Sehr geehrte(r) Frau/Herr ...,

in Ergänzung meines Schreibens, mit dem ich mich am 08.02.18 an Sie unter der Überschrift „Finanzsituation vieler Jobcenter gerät zunehmend außer Kontrolle“ gewandt hatte, möchte ich Sie heute auf die zwischenzeitlichen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen aufmerksam machen, die unserer Auffassung nach insbesondere angesichts der stetig wachsenden Fachkräftenachfrage vieler Unternehmen und der noch immer hohen Anzahl von Langzeitarbeitslosen einer dringenden Korrektur bedarf.

Der in den letzten Jahren zu beobachtende systematische Rückgang der Arbeitslosenzahlen, der vor allem Folge der demografischen Entwicklung (gerade in den neuen Bundesländern) und der guten Auftragslage vieler Unternehmen ist, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeitsmarktpolitik aktuell noch viele Potentiale einer nachhaltigen Fachkräftegewinnung (sowohl hinsichtlich einheimischer Arbeitskräfte als auch von Personen, die einen Migrationshintergrund aufweisen) ungenutzt lässt.

Beispielhaft verweise ich auf die aktuellsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, die belegen, dass im Zuständigkeitsbereich der Jobcenter zum Jahresbeginn die **Neueintrittszahlen von Arbeitslosengeld-II-**

**VDP**Verband Deutscher Privatschulen  
Sachsen-Anhalt e.V.Otto-von-Guericke-Str. 86a  
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0

F: 0391 / 731916-1

VDELSA@t-online.de  
www.vdp-sachsen-anhalt.de**Bankverbindung**

Deutsche Kreditbank

Konto-Nr.: 107 334 00

BLZ: 120 300 00

**Vereinsregister**

Amtsgericht Stendal

VR 11611

Empfängern in Sachsen-Anhalt in geförderte Weiterbildungsmaßnahmen nochmals um 47 Prozent und in Aktivierungsmaßnahmen um knapp 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgingen, während gleichzeitig die Anzahl der Neueintritte in die sog. Arbeitsgelegenheiten um mehr als 40 Prozent angestiegen ist (s. Anlage).

Weiterhin verkündet die „Mitteldeutsche Zeitung“ am heutigen 04.05.18 unter der Überschrift „Ungelernt und arbeitslos“, **dass sich in Sachsen-Anhalt die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss und ohne Job innerhalb von fünf Jahren verdoppelt habe**, was meines Erachtens nach in Zeiten, in denen viele Betriebe händeringend nach Lehrlingen suchen, einen mittleren Skandal darstellt.

Es ist ganz klar, dass Deutschland sein Fachkräfteproblem ohne eine **gezielte Zuwanderungspolitik** (gepaart mit einer strukturierten Willkommens- und Unterstützungskultur) nicht wird lösen können (s. auch Interview der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 25.04.18 mit Raimund Becker, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, unter der Überschrift „Warum die Bundesagentur für Arbeit Zuwanderung für nötig hält“). **Aber gleichermaßen sollten auch die bis jetzt brachliegenden einheimischen Arbeitskräftepotentiale**, z.B. die der Langzeitarbeitslosen, der Jugendlichen ohne Ausbildung oder der sog. Nichtleistungsempfänger (also arbeitslose Personen, die keinen Anspruch auf das ALG II haben, z.B. weil ihr Partner mit seinem Einkommen über dem vorgesehenen Bedarfssatz liegt) **endlich nachhaltig genutzt werden, was allerdings eine deutlich konsequentere Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“ voraussetzen würde.**

Zur Untermauerung dieser Position verweise ich auf folgende alarmierende aktuelle Presseveröffentlichungen:

- Am 16.04.18 meldete „Die Zeit“ unter der Überschrift „Einmal langzeitarbeitslos, immer langzeitarbeitslos?“ u.a. folgendes: **„Die Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit von Hartz-IV-Beziehern ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen.** Waren im Jahr 2011 Menschen, die Grundsicherung beziehen mussten, im Schnitt 555 Tage ohne Arbeit, sind es im Jahr 2016 schon 629 Tage gewesen. Länger als drei Jahre arbeitslos waren im Jahr 2011 rund 298.000 Hartz-IV-Bezieherinnen und –Bezieher. Bis 2017 stieg diese Zahl auf rund 317.000 Menschen.“
- Vom 26.03.18 stammt der Artikel „Jobcenter stecken Klienten in Kurse – um eigene Ziele zu erreichen“, der im „Tagesspiegel“ veröffentlicht wurde und der sich auf **Feststellungen des Bundesrechnungshofs** bezieht. Hierin heißt es u.a.: „Die Prüfer hatten die Vergabe und den Einkauf von 617 Plätzen in 35 Kursen untersucht. Mit dem Ergebnis: **In**

**182 Fällen war der Kurs „nicht Bestandteil einer auf den Einzelfall bezogenen Eingliederungsstrategie“.** In 212 Fällen hatten die Mitarbeiter die Arbeitslosen vor Beginn „nicht hinreichend über den mit der Zuweisung verfolgten Zweck“ informiert. 30 Prozent der Teilnehmer hatten „bereits eine oder mehrere vergleichbare Maßnahmen absolviert“. Die Prüfer kommen zu dem Schluss, dass Jobcenter „planlos“ Kurse verteilen: **„Durch ihr nicht zielgerichtetes Vorgehen und die mangelnde Rücksichtnahme auf die Belange der Leistungsberechtigten haben die Jobcenter in einem erheblichen Teil der geprüften Fälle deren unverzügliche Eingliederung nicht gefördert, sondern sogar gefährdet.“**

Der VDP Sachsen-Anhalt kritisiert diese in den Arbeitsverwaltungen weit verbreitete Geschäftspolitik schon seit Jahren und fordert den Einsatz von auf den Einzelfall abgestimmten individuellen Förderungen von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel, diese dauerhaft in sozialversicherungspflichtige und unsubventionierte Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

- Hierauf bezog sich am 03.04.18 auch der „Spiegel“ in seinem Artikel „Kurse für Arbeitslose: Preis günstig, Qualität mies?“. Hierin heißt es u.a.: „Doch je nach Bereich und Region ist der Wettbewerb hart und Bildungsträger beobachten, dass der Preis dann immer noch den Ausschlag gebe. ... Auch die Abbruchquoten seien wenig aussagekräftig, kritisiert Günter Buck von der BAG EJSa. **Die Träger können sich ihre Kursteilnehmer nämlich nicht aussuchen, sie bekommen sie von den Jobcentern zugeteilt. Und dass die dortigen Betreuer Arbeitslose oder Jugendliche nicht selten in Kurse stecken, die gar nicht zu ihnen passen, prangert der Bundesrechnungshof ebenfalls an.“**
- Gleichfalls im „Spiegel“ vom 01.04.18 hieß es unter der Überschrift „Hartz IV – Vorsicht bei der Reform-Reform“: „Es stimmt schon: Immer noch gibt es mehr als 840.000 Langzeitarbeitslose. Im Zuge des Jobbooms ist die Zahl zwar gesunken. Aber sie ist einfach zu hoch, um sich zufrieden zurückzulehnen. Doch anders als im Ostdeutschland der Neunzigerjahre agieren Betroffene und Vermittler heute in einem Umfeld hoher Beschäftigungsdynamik. Weder den Arbeitslosen noch der Wirtschaft ist damit gedient, Menschen in „gesellschaftliche Tätigkeiten“ (Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller) aufs Abstellgleis zu schicken. **Es müsste vielmehr darum gehen, auch diejenigen in reguläre Jobs zu vermitteln, die derzeit wenig Chancen am regulären Arbeitsmarkt haben – durch intensivere Betreuung, Fortbildungen, Lohnsubventionen und dergleichen.“**

- Schließlich sei noch auf einen Artikel der Zeitung „Die Welt“ vom 23.04.18 verwiesen, der unter der Überschrift **„Fachkräftemangel kostet Deutschland 30 Milliarden Euro“** auf die Folgen der ungenügenden Förderpolitik der Arbeitsverwaltungen aufmerksam macht: „Die Auswirkungen sind enorm: Eine Vielzahl von Unternehmen wird wegen des Fachkräftemangels reihenweise bei den eigenen Expansionsbestrebungen ausgebremst, heißt es beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW). **Laut einer aktuellen Studie der Kölner Forscher verringert sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland durch den Engpass beim qualifizierten Personal um jährlich fast ein Prozent.** Bis zu 30 Milliarden Euro könnte die Wirtschaftsleistung höher ausfallen, heißt es in der IW-Untersuchung, die über alle Branchen hinweg einen Bedarf von 440.000 Fachkräften sieht.“

Vor dem Hintergrund all dieser Meldungen appelliert der VDP Sachsen-Anhalt erneut an die Politik, sich nicht von der positiven Entwicklung der Arbeitsmarktstatistik blenden zu lassen, sondern endlich für eine zielgerichtete Förderung aller Arbeitslosen (auch der Nichtleistungsempfänger!) zu sorgen, weil ansonsten der Wirtschaftsstandort Deutschland mittelfristig enorm gefährdet sein wird. Mit dem Einsatz von individuellen Förderketten und insbesondere mit einer verstärkten Nutzung abschlussbezogener Weiterbildungsmaßnahmen (also nicht solcher kurzläufigen Aktivierungsmaßnahmen, in die Arbeitslose häufig ohne eine erkennbare Strategie von den Jobcentern und Arbeitsagenturen gesteckt werden) ließe sich der Fachkräftemangel in Deutschland ganz erheblich abmildern.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an meinen Ausführungen und stehe Ihnen natürlich gern für eventuelle Rückfragen oder für ein erläuterndes Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Banse  
- Geschäftsführer -

Anlage

Verteiler:

- Bundestagsabgeordnete des Landes Sachsen-Anhalt (mit Ausnahme der AfD)
- arbeitsmarktpolitische Sprecher/innen der Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt (mit Ausnahme der AfD)

## ANZAHL DER NEUEINTRITTE VON ARBEITSLOSENGELD-II-EMPFÄNGER/INNEN IN AUSGEWÄHLTE ARBEITSMARKTINSTRUMENTE: ENTWICKLUNGEN IN SACHSEN-ANHALT

(Stand: 27.04.2018, Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

